

Hallesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 1.60 Goldmark, nach Abzug des Abzuges 1.40 Goldmark. Der Einzelverkauf 40 Goldpfennig. Druck- und Verlagsanstalt: „Hallesche Zeitung“, Halle. Druck- und Verlagsanstalt: „Hallesche Zeitung“, Halle. Druck- und Verlagsanstalt: „Hallesche Zeitung“, Halle.

Neues in Kürze.

Strafmeldungen und Radiotelegramme.



Hg. Prof. Dr. Leibig

(Deutsche Volkspartei), der Vorsitzende des Vormal-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages.

Die gestrige Wahl des heftigen Staatspräsidenten verlief in zwei Wahlgängen erfolglos. Der frühere Staatspräsident Ulrichs (Kandidat der Linken) erhielt 32 Stimmen, der Minister des Innern v. Brenner 27, Kandidat der neuen Koalition (die allerdings noch nicht gebildet ist) 34 Stimmen und der Kandidat der Kommunisten Dr. Greiner 4 Stimmen. Da absolute Stimmenmehrheit erforderlich ist, war die Wahl erfolglos. Die Wahl wird heute fortgesetzt.

In der gestrigen Sitzung des Thüringer Senats erklärte der Finanzminister Dr. von Kuchner in seiner Rede, entgegen gewissen Gerüchten bestehe kein Mitglied der Regierung daran, Thüringen zu verlassen. Ueber die Frage des Anschlusses Thüringens an ein Reichsland, wenn sie überhaupt aufgerollt werde, würde das Volk selbst zu entscheiden haben.

Auf dem Verbandstag der Reichsgewerkschaft der Deutschen Eisenbahner wurde ein organisatorischer Zusammenschluß mit dem D. C. B. auf der Grundlage der Einzelmitgliedschaft mit 50 gegen 27 Stimmen bei 4 Enthaltungen unter großem Beifall angenommen. Die Reichsbahnverwaltung wird sich nunmehr bei den kommenden Lohnverhandlungen einer nahezu geschlossenen Front ihres Personals gegenübersehen.

Die Londoner Wäster melden, daß Aufstand auf allen Weltmärkten große Mengen und Mengen aufkaufe. „Daily Chronicle“ berichtet, daß die Sowjetregierung infolge der in Russland drohenden Hungertage und Hungertage ihre letzten Vorräte ausbeute, um Lebensmittel im Ausland zu kaufen. Dadurch, daß aus London Weizen nach Russland geschickt werde, teige der Preis in England weiter.

„Popolo d'Italia“ schreibt in riefen Leitern: Seit einiger Zeit wird das Glück verbreitet, daß Mussolini in der Schweiz vor 20 Jahren wegen eines gemieteten Verbrochens abgeurteilt worden sei. Senator Albertini, der Herausgeber des „Corriere della Sera“, der sich rühmt, den Text des Urteils zu besitzen, wird hiermit aufgefordert, sofort dieses Dokument dem Senat zu übergeben oder in seinem Blatt zu veröffentlichen.

Madrid, 30. Januar. General Primo de Rivera beauftragte gegenüber Vertretern der Freie, daß zwischen den Spaniern und den Arabern ein Waffenstillstand geschlossen werden solle. — Meinigkeit zwischen den Spaniern wäre das beste, was den Spaniern passieren konnte.

Nach einer Neutermelung aus Schanghai ist ein Panzerzug mit 50 wehrfähigen Soldaten und 100 Mann Besatzung in Schanghai eingetroffen, die die feindlichen Truppen entziffnen und den Rüstungsbedarf besorgen. Man glaubt hier, daß die Besatzung Schanghai durch Luftangriffe amnestierbar bevorzuehe.

Aus Schanghai wird gemeldet, 15.000 Soldaten der Reichsarmee von Lu-zun-ang sind in Schanghai eingesetzt und haben die Stadt eingenommen. In Schanghai herrscht Ruhe.

Polen will Danzig annectieren.

In der gestrigen Sitzung des poln. Sejm wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, die geeigneten Schritte zu unternehmen, um durch Aufzählung des gesamten Polnisch-Danziger Problems Polen über Danzig einen vollen Zutritt zum Meere zu sichern.

Der „wahre Zutritt zum Meere“ kann nichts anderes bedeuten, als daß Polen verlangt, einen eigenen Hafen an der Küste zu erhalten. Da aber Danzig der einzige Hafen ist, der für Polen in Frage kommt — einen neuen leistungsfähigen Hafen zu bauen würde unerschwingliche Summen und eine Reihe von Jahren erfordern —, so bedeutet die politische Forderung nichts anderes als: Annetion des freilebigen Danzig, was ja auch in der Ausdrucksweise: einen vollen Zutritt zum Meere über Danzig und „Aufzählung des gesamten Polnisch-Danziger Problems“ recht unerschwinglich ausgesprochen wird.

Schlichtet sich die polnische Regierung dieser Forderung an, so treten wir damit in eine neue Phase der Auswirkungen des Vertrages von Versailles ein, die in ihrer außenpolitischen Auswirkung noch ernter als der hoffentlich nie vorübergehende Vertragsbruch von Köln ist.

Das Zentrum gegen eine bürgerliche Regierung in Preußen.

Während die Rechtsprelle weitestgehend der Meinung ist, daß die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten durch den Ratstag noch nicht erfolgen werde, sind die „Germania“, das „Tagblatt“ und „Vorwärts“ der Ansicht, daß die Wahl nicht aufgeschoben werden wird. Das letztgenannte Blatt behauptet, die drei bisherigen Koalitionsparteien (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) seien übereingekommen, daß der preussische Ministerpräsident heute gewählt werden müsse. Die drei Parteien würden deshalb gegen einen Verlagsantrag stimmen. Eine Annahme des Verlagsantrags könne nur erfolgen, wenn außer den Demokraten und der Deutschen Volkspartei auch die Kommunisten dafür stimmen würden.

Ueber den Verlauf der gestrigen Fraktions-sitzung des Zentrums weicht die „Germania“ zu berichten, daß die Fraktion zu einer einheitlichen Auffassung über die Lage gekommen sei. An dem Standpunkt der Fraktion habe sich nichts geändert. Sie werde sich unter keinen Umständen an einer Regierung beteiligen, die über einem der Reichsregierungen ähnlichen Gebilde in Preußen die Wege ebnen.

Die Sozialpolitik des Reichs.

Programmatifche Erklärungen des Reichsarbeitsministers.

Zu Beginn der Beratungen des Haushalts-Ausschusses des Reichstages über den Haushalts des Reichsarbeitsministeriums gab gestern Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Uebersicht über Stand und Aufgaben der deutschen Sozialpolitik.

Nicht auf allen Gebieten waren große Schwierigkeiten zu überwinden, die ihr aus Inflation und wirtschaftlicher Krise erwachsen sind. Diese Schwierigkeiten können jetzt dann einer alle Zwecke der Sozialpolitik erfüllenden organisatorischen Arbeit als überwinden gelten.

In der Sozialversicherung.

von der nur noch die äußere Hülle übrig geblieben war, sind fast allenfalls die frühesten Leistungen wieder erreicht, ja zum Teil gesteigert worden. Die Unfallversicherung insbesondere wird in nächster Zeit von den Einzelrenten wieder zu Individualrenten zurückkehren, die dem Verdienst des Einzelnen angepaßt sind. Die umstrittene Frage der Einbeziehung von Berufsangehenden in die Unfallversicherung wird demnächst durch eine Verordnung ihre erste Beantwortung erfahren. Gewisse anfängliche Schwierigkeiten im Bereich der Reichsstaatspensionsversicherung dürften bald beigelegt sein. Eine Pensionen- und Altersrentenversicherung für Angehörige freier Berufe, insbesondere für Rechtsanwältinnen, wird geprüft. In der gesamten Sozialversicherung sind organische Verbesserungen in den Grenzen des Möglichen, Berechtigungen sowie erhöhte Ertragsfähigkeit des unüberänderlichen Ziel. Ein wertvoller Schritt in dieser Richtung ist die neue Teilzahlung der Angestelltenversicherung und der Reichsversicherungsgesetzgebung, durch welche das Chaos der in den letzten Jahren notgedrungen erlassenen zahlreichen Einzelbestimmungen beseitigt worden ist.

In der Arbeitszeitfrage

wies der Minister auf die in diesen Tagen erlassene Verordnung für die Arbeiter der Gas- und Kohlenwerke hin. Zur Frage der Ratifizierung des Abkommens von Washington über den Achtstundentag konnte der Minister mitteilen, daß das gegenwärtige Reichskabinett sich der Erklärung des früheren Kabinetts angeschlossen hat. Danach hat Deutschland die Ratifizierung niemals grundsätzlich abgelehnt und ist bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung über die Auslegung des Abkommens einzuleiten und demnach über das Maß der Bindung herbeizuführen. Selbstverständliche Voraussetzungen ist dabei, daß zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung deutscher Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet.

Die Berner Konferenz der Arbeitsminister hat den Eindruck hinterlassen, daß sich der So-

zialpolitik eine gemeinsame Ratifizierung der hauptsächlichsten Industrieverträge in absehbarer Zeit gewinnen läßt. Das Internationale Arbeitsamt ist noch mit der Teilzahlung des Berner Protokolls befaßt. Inzwischen hat das Reichsarbeitsministerium mit der Vorbereitung der neuen Arbeitszeitgesetzgebung begonnen.

Trotz des leider nur langsamen und teilweise wiederanbaus der Wirtschaft war es möglich,

die Löhne

zu erhöhen und ihre Kaufkraft zu heben. Das Reichsarbeitsministerium ist für alle Maßnahmen der Regierung im Sinne angemessener Preisgestaltung unangezeigt nachdrücklich eingetreten. Wenn der Erfolg nur teilweise befriedigt, liegt dies an den Schwierigkeiten der Materie, die aber von weiteren Bemühungen nicht abgesehen werden. Bewährt hat sich auf dem heiklen Gebiet der Lohngestaltung im ganzen

die Schlichtungsordnung.

Umstritten ist allerdings bei beiden Tarifparteien die Verbindlichkeitsfrage. Wird die durch eine wirkliche innere Arbeitsgenugung erfüllt, so entspricht dies durchaus den Wünschen des Ministeriums. Ein Arbeitsgerichtsgericht, das auf diesem Gebiet einfache und schnelle Rechtspflege durch sozialpolitisch geschulte Richter bringen soll, steht unmittelbar bevor.

Gegenüber der großen Arbeitslosigkeit

der Nachkriegszeit haben fortgesetzte Verbesserungen der Arbeitsvermittlung, produktive und unterhaltende Erwerbslosenfürsorge Hilfen geboten. Die Fälle der Erwerbslosenunterstützung konnten im letzten Jahr um 60 bis 70 Prozent erhöht werden. Ein Gesetzentwurf über eine Arbeitslosenversicherung steht vor der Tür.

In der die Sozialpolitik notwendigerweise ergänzenden

öffentlichen Wohlfahrtspflege haben die Verordnung über Fürsorgepflicht und die anschließende Reichsgründungs- und Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge endlich wieder einheitliches deutsches Fürsorgegesetz geschaffen. Die praktische Durchführung ist allerdings Sache der Länder und Gemeinden. Stellenweise noch vorhandene Mängel müssen in gemeinsamer Arbeit beseitigt werden.

Im Wohnungsbau

hat das Jahr 1924 Fortschritte gebracht, ohne freilich die Wohnungsnot schon überwinden zu können. Der Abbau der Wohnungswirtschaft hat begonnen und kann fortgeführt werden, wenn gleichzeitig die Mittel für den

weiteren Wohnungsbau gesichert werden. Hierfür werden eine gleichmäßige Annäherung an die Friedensmiete und Abwicklung einschlägiger Vermögensfragen der Friedensmiete zu dienen haben. Bei der Förderung des Wohnungsbaus wird auf die wirtschaftliche Schwächen, auf die Landbesitzer und auf die landwirtschaftliche Bindung Rücksicht zu nehmen, der Wohnungswucher wird scharf zu befehlen sein.

In der Arbeitsbeschäftigungsförderung

bestehen sich nach dem Scherlockholmsdiagramm 350.000 Schwerkranken und Unfallbeschädigte in Arbeit, nur noch 20.000 ohne Arbeit, von denen aber sicher die Hälfte völlig arbeitsunfähig ist. Diese umfangreichen und planmäßigen gefeigerischen und Vermaltungsarbeiten mußte das Reichsarbeitsministerium mit beträchtlich verminderten Kräften leisten. Durch den

Personalaushau

sind keine höheren Beamten und Angestellten von 123 auf 64, also um 48 Prozent, kein übriges Personal, einschließlich der Arbeiter von 624 auf 362, also um 42 Prozent herabgesetzt worden.

Der deutsche Außenhandel im Jahre 1924.

Die Einfuhr Deutschlands betrug im Dezbr. 1924 1.308.683.000 RM. gegen 1.047.700.000 Reichsmark im November. Die deutsche Ausfuhr betrug im Dezember 739.756.000 RM. gegen 643.262.000 RM. im November.

Im ganzen Jahre 1924 betrug die deutsche Einfuhr 9.316.841.000 RM., die Ausfuhr 6.565.854.000 RM.

Die Ziffern für Dezember beziehen sich auf das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet, während für die Jahreszahlen 1924 Vorbehalte hinsichtlich der Vollständigkeit der statistischen Erfassung (Rückbelegung) zu machen sind.

Bei der Einfuhr ist im Dezember gegenüber dem Vormonat eine weitere erhebliche Zunahme um rund 261 Millionen RM. festzustellen, die ihren Grund hauptsächlich in dem außerordentlichen Anwaschen der Konjunkturaufschwung im Dezember hat. Dies liegt im Zusammenhang mit dem am 10. Januar 1925 erfolgten Fortfall der Zollfreiheit für elafschirftingirische und luxemburgische Konjunkturgüter. Auch die Einfuhr weist eine weitere Zunahme um rund 90,5 Millionen RM. auf. Die Einfuhr übersteigt im Dezember auch auf Grund der Vorkriegsmiete den Monatsdurchschnitt 1913 (933,8 Millionen RM.), nachdem sie bereits im November nominal diesen Betrag überschritten hatte.

Die Ausfuhr beträgt im Dezember trotz ihrer Zunahme auf Grund der Vorkriegsmiete erst wieder 67,3 Proz. des Monatsdurchschnitts 1913. Die Einfuhrsteigerung gegenüber dem Vormonat erstreckt sich hauptsächlich auf Rohstoffe und halbfertige Waren (um 140,5 Millionen RM.), Fertigwaren (um 82,3 Millionen RM.) und Gold und Silber (um 80,8 Millionen RM.), während die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken einen Rückgang um 38,8 Millionen RM. aufweist.

Bei der Ausfuhr zeigen die Fertigwaren entsprechend ihrer ausnahmsgebenden Bedeutung die größte Zunahme (um 62,3 Millionen Reichsmark); es folgen dann Rohstoffe und Halbfertigwaren (um 18,1 Millionen RM.) und Lebensmittel und Getränke (um 10,2 Millionen RM.).

Das Merkmal des Außenhandels des Jahres 1924 ist der außerordentlich hohe Einfuhrüberschuß von über 2,7 Milliarden RM. hauptsächlich infolge der Steigerung der Einfuhr von Lebensmitteln und Fertigwaren, die sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt hat. Die gesamte Einfuhr hat gegen das Vorjahr um rund 50 Proz. zugenommen, während die Ausfuhr 1924 nur wenig über der Ausfuhr des Vorjahres liegt.

Wenn die neuesten Zahlen auch für die Ausfuhr ein etwas günstigeres Bild ergeben, als man bisher erwarten konnte, so sind die Einfuhrziffern geradezu erschreckend. Denn damit infolge Wegnahme der deutschen Auslandswirtschaft nicht mehr vor dem Kriege neuvermehrte Einnehmungen aus im Ausland angelegtem deutschen Vermögen haben und auch die in der Außenhandelsstatistik nicht erfaßenden Gewinne aus Schiffahrt und

